

II- 896 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 455/J

1984 -02- 0 1

A n f r a g e

der Abgeordneten STOCKER Franz

und Genossen

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend den Stand der Untersuchungen über die unzulässige
Einschaltung von SPÖ-Parteiorganisationen bei der
Besetzung von Dienstposten im Landesverteidigungs-
ressort.

In der Ausgabe der "Wiener Neustädter Zeitung" vom 29.6.1983
erschien ein Artikel mit der Überschrift "Zivilposten-Vergabe
in Zentrale der SP-Neustadt", in dem darüber berichtet wurde,
daß die Nachbesetzung von Zivil-Dienstposten in der JANSKA-Kaserne
in Großmühl zum Anlaß genommen wurde, um Bewerber bezüglich
ihrer politischen Einstellung im SPÖ-Sekretariat in Wr. Neustadt
überprüfen zu lassen.

Da sohin der Verdacht bestand, daß Zivilposten beim Bundes-
heer unter Mitwirkung von sozialistischen Parteiorganisationen
vergeben werden und unter Mißachtung des Datenschutzes Daten
von Stellenbewerbern, die normalerweise nur den Dienststellen
des Bundesheeres zugänglich sind, SPÖ-Sekretariaten zur
Verfügung gestellt werden, richtete der Erstanfrager am
6.7.1983 an den Bundesminister für Landesverteidigung eine
parlamentarische Anfrage (Nr. 101/J), in der detaillierte
Aufklärung begehrt wurde.

Diese Anfrage beantwortete der Bundesminister für Landesverteidigung
am 10.8.1983 (Nr. 69/AB) - ohne auf die detaillierte Frage-
stellung einzugehen - lapidar damit, daß er die Anfrage zum
Anlaß genommen habe, die gegenständliche Angelegenheit
eingehend untersuchen zu lassen; da diese Untersuchungen noch
im Gange seien, sei er jedoch nicht in der Lage, zu den
einzelnen Punkten der Anfrage Stellung zu nehmen.

- 2 -

Seither ist nahezu ein halbes Jahr vergangen, ohne daß bekanntgeworden wäre, welches Ergebnis die eingeleiteten Untersuchungen erbrachten und ob bzw. allenfalls welche Konsequenzen von seiten des Bundesministers für Landesverteidigung gezogen wurden. Überdies verlautet, daß die Untersuchungen zu einem nicht geringen Teil gar nicht auf den eigentlichen Kern des Mißstandes, nämlich die unzulässige Einschaltung einer SPÖ-Parteiorganisation bei der Besetzung von Dienstposten im Landesverteidigungsressort, sondern darauf abzielen sollen, in Erfahrung zu bringen, wie die "Wiener Neustädter Zeitung" in Kenntnis dieses Mißstandes kam.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e:

- 1) Erfolgt die Vergabe von Zivilposten beim Bundesheer unter Mitwirkung der örtlich zuständigen SPÖ-Bezirksorganisationen?
- 2) Wie war es möglich, daß persönliche Daten von Stellenbewerbern mit militärischen Abkürzungen und Bezeichnungen in das Bezirkssekretariat der SPÖ Wiener Neustadt gelangten?
- 3) Wer war dafür in Ihrem Ressortbereich verantwortlich?
- 4) Wurde im gegenständlichen Falle das Datenschutzgesetz verletzt?
- 5) Wurden die dafür Verantwortlichen von Ihnen zur Verantwortung gezogen?

- 3 -

- 6) Ergab sich aufgrund der Untersuchungen die Notwendigkeit, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten?
- 7) Wenn ja: Gegen wen?
- 8) Sind die Untersuchungen abgeschlossen?
- 9) Wenn nein: Wann ist mit einem Abschluß der Untersuchungen zu rechnen?
- 10) Wurden im Zusammenhang mit den Untersuchungen auch Erhebungen darüber angestellt, wie die Information über die Einschaltung des SPÖ-Bezirksparteisekretariates Wiener Neustadt bei der Postenvergabe in der JANSKA-Kaserne der "Wiener Neustädter Zeitung" zukam?
- 11) Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um künftighin zu vermeiden, daß
 - a) Dienstposten im Bundesheer unter Mitwirkung sozialistischer Parteiorganisationen vergeben werden?
 - b) Personaldaten, die nur Dienststellen des Bundesheeres zugänglich sind, Organisationen der SPÖ zur Verfügung gestellt werden?